

Den Ursauriern auf der Spur

Eine neue Ausstellung auf Schloss Friedenstein in Gotha will Interessierten die Zeit der Ursaurier vor etwa 290 Millionen Jahren nahebringen. Vom heutigen Samstag an lädt das „Bromacker Lab“ zur interaktiven Erkundung der gleichnamigen Fossil-Lagerstätte im Thüringer Wald ein, wie die Stiftung Schloss Friedenstein mitteilte. Dort werden nicht nur Nachbildungen bedeutsamer Funde gezeigt. Die Besucher können auch den Weg eines Fossils von dessen Bergung bis hin zur Präparation, Erforschung und Präsentation nachverfolgen. Zudem können sie auch selbst zum Grabungswerkzeug greifen. Der Bromacker bei Tambach-Dietharz gehört zu den international bedeutsamen Lagerstätten von Saurier-Skeletten und -Fährten.

Foto: Martin Schutt/dpa



Landesforst startet Brandüberwachung

Erfurt – Die Landesforstanstalt Thüringenforst beginnt am 1. März mit der diesjährigen Waldbrandüberwachung. Bis zum 1. Oktober würden nun täglich die regionalen Waldbrandgefahren ermittelt und einer der fünf Waldbrandgefahrenstufen zugeordnet, teilte Thüringenforst am Freitag in Erfurt mit. Die Behörde arbeitet den Angaben zufolge bei der Waldbrandüberwachung eng mit dem Deutschen Wetterdienst zusammen, der thüringenweit 32 Vorhersage-Regionen auswertet.

Die Wälder im Freistaat galten bisher als vom Feuer gering bedroht. Eine Ausnahme war der Ostthüringer Raum, wo brandgefährdete Kiefern auf recht trockenen Böden stehen. Der Klimawandel lasse Försterinnen und Förster allerdings mit Sorge in die Zukunft blicken. Die Klimaprojektionen gehen davon aus, dass die witterungsbedingte Waldbrandgefährdung künftig weiter steigen wird.

Verhaltene Nachfrage nach Novavax

Erfurt/Weimar – Die Anmeldung für Corona-Impfungen mit dem Protein-Impfstoff des US-Herstellers Novavax ist in Thüringen zurückhaltend angelaufen. Bis Freitagmittag hatten nach Angaben der Kassenärztlichen Vereinigung landesweit weniger als 300 Menschen einen Termin für den kommenden Montag vereinbart. Am 28. Februar sind in den zentralen Impfstellen erstmals Termine für Novavax-Impfungen reserviert. Vorrang haben Mitarbeiter im Gesundheitswesen. Die Terminbuchung ist erst seit Donnerstag möglich.

zurückgeblättert

Vor 30 Jahren: Immunität kippt im Streit um Stasi

Der Justizausschuss des Thüringer Landtags hebt am 27. Februar 1992 die Immunität des Abgeordneten Matthias Büchner (Neues Forum) auf. Grund ist ein Verfahren wegen Verleumdung, weil der als Stasi-Auflöser aus der Wendezeit bekannte Büchner CDU-Fraktionschef Jörg Schwäblein beschuldigt hatte, er habe „mit getürkten Stasi-Akten“ Büchners Wahl in das Vertrauensgremium des Landtags zur Stasi-Überprüfung verhindert.

online

Die meistgeklickten Beiträge auf [insuedthueringen.de](https://www.insuedthueringen.de)

- Meiningen: Geheimnisvolle Botschaften mit Fußnote
- Krieg in der Ukraine: „Ich bete jeden Tag für meine Familie“
- Chris und Jakob erfüllen sich Traum von eigener Fleischerei

Das Wichtigste aus der Region schnell und aktuell auf www.insuedthueringen.de

„Das war ein Überfall“

Zu DDR-Zeiten war Martin Kummer (CDU) nie in der Sowjetunion. Später, als Oberbürgermeister von Suhl (1990–2006), setzte er aber die Städtepartnerschaft mit dem russischen Kaluga fort. Seitdem war er oft in Russland und anderen früheren Sowjetrepubliken, er ist Vorsitzender der Deutsch-Russischen Freundschaftsgesellschaft in Thüringen und außerdem im Kreisvorstand der Suhlener CDU. Man spürt es oder man spürt es nicht, sagt er über seine Liebe zu Russland. Wir sprachen mit ihm über den Krieg gegen die Ukraine, das russische Selbstverständnis und das Gefühl, vom Westen bedroht zu sein.

Herr Kummer, was haben Sie gedacht, als Sie vom Angriff Russlands auf die Ukraine hörten? Gleich vorweg: Das war kein Angriff, das war ein Überfall. Ich bin dankbar, dass auch der Bundeskanzler das so klar gesagt hat. Es war ein Überfall auf ein souveränes, unabhängiges Land, das Russland nicht provoziert hat.

Vielleicht scheut man sich vor dem Wort „Überfall“ wegen des Anklangs an den Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion.

Ja, das stimmt. Aber wir müssen, auch wenn es hart ist, die Dinge beim Namen nennen. Manche sprechen von einer „Militäroperation“ oder sonst was. Aber völkerrechtlich ist die Sache ganz klar. Deshalb sage ich als Vertreter der Deutsch-Russischen Freundschaftsgesellschaft: Liebe Freunde, sehr geehrter Herr Präsident, das war ein Überfall. Das können wir nicht tolerieren, das geht so nicht. Beenden Sie den Krieg sofort! Unsere Anteilnahme gilt allen Opfern und den Menschen, die ihre Heimat verloren haben.

Was hören Sie von Freunden und Bekannten aus Russland?

Am Donnerstag habe ich wohl an die 100 Nachrichten geschrieben. Meine Botschaft war ganz einfach: Die Situation ist äußerst schwierig und

tragisch. Aber wir als Deutsch-Russische Freundschaftsgesellschaft, die sich auch um die anderen Länder der früheren Sowjetunion kümmert, wollen trotz allem die Zusammenarbeit fortsetzen. Alle, ob aus Samara, Kiew, Odessa, Minsk, Kaluga oder Wolgograd, haben sich dafür bedankt. Die zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit muss nicht nur fortgesetzt, sie muss – selbst wenn das aktuell utopisch klingen mag – sogar intensiviert werden. In der Ukraine, in Belarus und in Russland.

Manche fordern jetzt aber harte Sanktionen auch gegen die russische Bevölkerung, damit sie Putin die Gefolgschaft verweigert.

Das funktioniert bisher nicht – und wird es auch in Zukunft nicht. Die russische Bevölkerung sieht die Ära Gorbatschow, erst recht die Ära Jelzin, als verlorene Jahre. Was Putin geschafft hat, ist, der Bevölkerung mit dem Verweis auf den Sieg im Großen Vaterländischen Krieg, wieder Stolz zu geben. Wie damals ist die Haltung in der Bevölkerung: Die gegen uns, der Westen gegen Russland. Wenn wir Sanktionen machen, wird es nicht heißen, die Probleme liegen an Putin, sondern: Der Westen ist gegen uns. Es wird keinen Umsturz geben. Die russische Bevölkerung liebt den Westen in seinen Produkten, aber nicht seiner Kultur und Regierungsform. Liberalismus, Menschenrechte, Minderheitenrechte – etwa für Lesben und Schwule – werden von der Mehrheit der Bevölkerung entsprechend der offiziellen russischen Lesart abgelehnt. Ich selbst bin im russischen Fernsehen schon als ausländischer Agent bezeichnet worden. Ich wollte eigentlich alles hinschmeißen. Aber dann kam ein Verantwortlicher zu mir und sagte: Es ist alles in Ordnung, was Sie machen.

Wie kann das sein: Einerseits Repression, andererseits Offenheit? Es gibt in der russischen Administration zwei Lager. Das eine will die Öffnung zum Westen in allen Berei-

chen, will Gespräche und Kontakte. Dieses Lager müssen wir unterstützen, auch wenn das mühsam ist. In scharfem Kontrast dazu steht das andere Lager, das solche Kontakte überhaupt nicht will.

Was treibt nach Ihrer Ansicht den russischen Präsidenten Putin an? Hinter Putin ist ein unheimlicher Druck aus dem zweiten Bereich, aus Geheimdienst und Militär. Wenn er nicht macht, was verlangt wird, wer kommt denn danach? Eine Frau – niemals. Ein charmanter Schwieger-

Krieg. Das Selbstverständnis ist: Damals waren wir wer und wir können auch wieder wer sein.

Was hat der Westen im Umgang mit Russland falsch gemacht?

Vielleicht das, dass den Russen nach der Auflösung der Sowjetunion eine Gesellschaftsordnung gegeben wurde, mit der – außer den späteren Oligarchen – die wenigsten Leute etwas anfangen konnten. Dazu kommt das Heranrücken der Nato an die russischen Grenzen. Das empfinden bestimmt 90 Prozent der Bevölkerung als Bedrohung, natürlich auch wegen der russischen Informationspolitik. Wir sagen: Das stimmt doch alles nicht. Aber die ganz normalen Russen empfinden es so.

Dieser Ur-Konflikt ist nicht gelöst. Uns bleiben weiter nur Diplomatie und Verhandlungen, damit das nicht noch weiter eskaliert.

Kommt eine neue Eiszeit im Verhältnis zu Russland?

Ich glaube, es wird Jahrzehnte dauern, ehe wieder Vertrauen entsteht. Jahrzehnte! Aber wir als Deutsche haben aufgrund des Überfalls auf die Sowjetunion und des Vernichtungskriegs, der dann geführt wurde, eine historische Verantwortung für die Beziehungen zu Russland. Auch Putin muss wissen, dass das jetzt eine Zäsur ist, die uns weit zurückwirft. Ich will nicht von Eiszeit sprechen. Man sollte nicht alles herunterfahren, gerade nicht die Kontakte der Bevölkerung.

Wie geht es mit der Ukraine weiter?

Ich bin hin- und hergerissen. Wenn ich nur an Odessa denke, für mich die schönste Stadt der Welt. Die Russen wollen Selenskyj ablösen, ganz klar. Aber sie werden wohl nicht in die Westukraine ziehen, weil dort der Widerstand zu groß wäre. Es wird eine neue Regierung geben. Deshalb müssen die jungen Ukrainer dort bleiben, um weiter Einfluss nehmen zu können. Und wir müssen sie dabei unterstützen!

Interview: Eike Kellermann

Interview



mit Martin Kummer, Vorsitzender der deutsch-russischen Freundschaftsgesellschaft Thüringen.

sohn-Typ – keine Chance. Es kommt ein Autokrat, ein Diktator, weil man Putin für zu weich hält. Deshalb kann er sich keine Schwäche erlauben.

Die Denkschule hinter Putin will Russland eine neue historische Identität geben, das ist keine Rückkehr zur Sowjetunion. Die Lenin-Denkmale werden nicht geschliffen, aber sie stehen jetzt irgendwo im Park. Vor den Verwaltungen stehen nun Denkmale von Katharina der Großen, die den Osmanen die Krim abnahm, oder von Zar Iwan dem Dritten, der, wie es genannt wird, die russischen Ländereien sammelte.

Das ist der Antrieb: Die unter Jelzin verloren gegangenen Territorien – die Republiken der Sowjetunion – einzusammeln, also unter russische Herrschaft zu bringen, auch durch

Gaststätten: Draußen bald kein 3G mehr

Erfurt – Im Außenbereich von Gaststätten soll es in Thüringen bald keine 3G-Regel mehr geben. Das geht aus einem Entwurf für die neue Corona-Verordnung hervor. Demnach muss kein Nachweis für eine Impfung, Genesung oder ein negatives Testergebnis mehr gezeigt werden – es gelten aber Abstand und Maskenpflicht, außer am Tisch. In geschlossenen Räumen von Gaststätten bleibt es bei der 3G-Regelung. Dort müssen Gäste, die weder geimpft noch genesen sind, also einen negativen Test vorzeigen. Die neuen Regeln sollen ab 1. März gelten.

Die gelockerten Maßnahmen sehen noch weitere Erleichterungen für Menschen vor, die keinen Immunschutz gegen das Coronavirus haben. Sie sollen sich künftig in Gruppen von bis zu zehn Menschen treffen dürfen. Für Geimpfte und Genesene gibt es schon jetzt keine solche Kontaktbeschränkungen mehr.

Änderungen sind auch im Einzelhandel geplant. Bisher galt noch eine Vorgabe, wonach nur ein Mensch pro zehn Quadratmeter Verkaufsfläche im Geschäft sein durfte. Diese Regel soll nun gestrichen werden.

Veranstaltungen können in Thüringen künftig wieder in größeren Dimensionen geplant werden – auch in geschlossenen Räumen. Dem Entwurf zufolge soll für Veranstaltungen mit bis zu 500 Besuchern 3G gelten. Wenn es mehr Besucher werden, soll 2G plus gelten – dann kommen also nur noch Geimpfte und Genesene mit negativem Test oder Boosterimpfung rein. Die Höchstgrenze der Besucherzahl liegt bei 6000.

Bei kleineren Veranstaltungen im Freien ist gar keine G-Regel mehr geplant. Allerdings sollen die Besucher bei einer Teilnehmerzahl bis zu 500 eine medizinische oder FFP2-Maske tragen. Sind es mehr Besucher, soll 2G gelten. Bis zu 25000 Besucher sollen erlaubt sein.

Die geplante Verordnung enthält aber auch noch einen Schutzmechanismus für das Gesundheitssystem: Wenn in einer Region die Hospitalisierungsinzidenz über 12 liegt und zugleich landesweit die Intensivbetten zu mehr als 12 Prozent mit Covid-19-Patienten belegt sind, rutscht die betroffene Region in eine Infektionsstufe, in der strengere Regeln gelten sollen.

Diebstahl aus Opferstock verhindert

Erfurt – Ein couragierter Mitarbeiter des Erfurter Augustinerklosters hat den Diebstahl von Geld aus dem Opferstock der Kirche verhindert. Nach Polizeiangaben vom Freitag soll ein 30 Jahre alter Mann am Donnerstag versucht haben, an die Geldkassette mit den Spenden von Klosterbesuchern zu kommen. Dazu habe er den steinernen Sockel umgeworfen – und damit einen Haustechniker auf sich aufmerksam gemacht. Dieser erwischte den Mann auf frischer Tat und hielt ihn bis zum Eintreffen der Polizei in Schach. Wie hoch der Sachschaden ist, war zunächst unklar.

Straßenausbaubeiträge: Aus für Härtefallfonds

Seit Langem wird in Thüringen über die Einrichtung eines Härtefallfonds im Zusammenhang mit der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge gestritten. Nun ist klar: Das wird nichts mehr.

Von Sebastian Haak

Erfurt – Thüringer, die noch immer teilweise hohe Summen für die Sanierung von Straßen vor ihrer Haustür zahlen müssen, können sich kaum noch Hoffnungen darauf machen, dass der Staat einen Teil dieser Kosten übernehmen wird. Auf absehbare Zeit wird es in Thüringen

keinen Härtefallfonds im Zusammenhang mit der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge geben.

Zwar hatten die Linken nach Informationen unserer Zeitung bei einem koalitionsinternen Arbeitstreffen vor wenigen Tagen erneut versucht, SPD und Grüne davon zu überzeugen, dass im Landeshaushalt 2023 Geld zur Verfügung gestellt werden müsse, um einen solchen Fonds zu finanzieren. Vor allem die Sozialdemokraten sollen diese Forderung aber klar und abschließend zurückgewiesen haben, hieß es aus Koalitionskreisen. „Wir haben das koalitionsintern diskutiert und es ist so, dass es da keine politische Übereinkunft innerhalb von Rot-Rot-Grün gibt“, sagte der kommunalpolitische Sprecher der Linke-Fraktion, Sascha Bilay. Im Landeshaushalt für das lau-

fende Jahr stehen auch keine Gelder für einen Fonds bereit.

Der Ausgang dieses Treffens hat damit den Härtefallfonds, de facto beerdigt – unabhängig davon, dass die kommunal- und finanzpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Janine Merz, sagt, aus ihrer Sicht sei dieses Ergebnis schon zuvor klar gewesen, „weil es für die Einrichtung eines solchen Härtefallfonds keine Mehrheit der demokratischen Fraktionen gibt und in dieser Wahlperiode nie gab“.

Aus der CDU-Fraktion hatte es in der Vergangenheit unterschiedliche

Signale zu einem solchen Fonds gegeben. So hatte die Fraktion sich zuletzt zwar nie für dessen Einrichtung eingesetzt. Einzelne Landtagsabgeordnete, in deren Wahlkreis Menschen auf hohen Rechnungen saßen, hatten aber immer wieder durchblicken lassen, sie befürworteten einen Härtefallfonds. Der CDU-Innenpolitiker Raymond Walk verwies nun mit Blick auf das de-facto-Aus für den Fonds darauf, das im Landeshaushalt 2021 Geld für dessen Einrichtung zur Verfügung gestanden hatte, es das Innenministerium aber unterlassen habe, dieses entsprechend einzusetzen.

In der SPD gibt es eine Reihe von Vorbehalten gegen einen Härtefallfonds. Einer hat mit grundsätzlichen Überlegungen zur Beitragsgerechtigkeit zu tun. „So gab es bei der Einfüh-

rung des ersten und zweiten beitragsfreien Kindergartenjahres auch Eltern, die aufgrund des Einführungsdatums von der Beitragsentlastung profitiert haben, während andere kurz zuvor noch Beiträge zahlen mussten“, sagte Merz.

Im Landtag ist derzeit zwar noch eine Petition anhängig, die die Einrichtung des Härtefallfonds fordert. Sie muss dort auch noch öffentlich beraten werden. In Koalitionskreisen heißt es aber, die Argumente dazu seien abschließend ausgetauscht.

In Thüringen sind die Straßenausbaubeiträge Ende 2019 rückwirkend zum 1. Januar 2019 abgeschafft worden. Doch noch bis Ende 2022 müssen die Kommunen Bescheide verschicken für Straßenbauarbeiten, die bis zum 31. Dezember 2018 abgeschlossen wurden.



Sascha Bilay.